

Einkaufsbedingungen für Lieferleistungen

Stand 03/2026

1 Vertragsgegenstand

- 1.1 Die Vertragsparteien verstehen sich als Partner, die vertrauensvoll, harmonisch, effizient und auf offener partnerschaftlicher Basis zusammenarbeiten, um den Vertragsgegenstand fair, reibungslos und erfolgreich im beiderseitigen Interesse realisieren und abwickeln zu können. Dazu gehört eine umfassende, zeitnahe und offene Kommunikation – insbesondere bei etwaig auftretenden Störungen oder sonstigen negativen Entwicklungen – mit dem gemeinsamen Ziel, etwaige Konflikte schnellstmöglich und kooperativ zu bereinigen.
- 1.2 Die Ausführung der übertragenen Lieferleistungen erfolgt auf Grundlage der im Angebot des AN und seinen Bestandteilen enthaltenen Bestimmungen sowie dieser Einkaufsbedingungen.

2 Vertragsgrundlagen / Vertragsbestandteile

- 2.1 Neben den Bestandteilen des Liefervertrages, des Angebots des AN und diesen Einkaufsbedingungen sind – nachrangig hierzu – Vertragsgrundlage für die vom AN auszuführenden Leistungen:
 - 2.1.1 alle für den jeweiligen Leistungsbereich des AN anzuwendenden DIN-Normen und sonstigen Vorschriften in der bei Abnahme der Leistungen geltenden Fassung und die Regeln der gewerblichen Verkehrssitte,
 - 2.1.2 alle einschlägigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, wobei jeweils der Zeitpunkt der Ausführung der Leistungen entscheidend ist,
 - 2.1.3 die VOL/B in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung.
- 2.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN werden auch dann nicht Vertragsbestandteil, wenn sie dem Angebot des AN beiliegen oder im Angebot oder in sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen worden ist.
- 2.3 Der AN hat ferner folgende Leistungen zu erbringen und folgende Randbedingungen zu berücksichtigen:
 - 2.3.1 Prüfung der dem AN überlassenen und noch zu überlassenden Unterlagen auf Vollständigkeit und sachliche und fachliche Geeignetheit. Ergeben sich aus Sicht des AN Unstimmigkeiten, so hat er den AG hierauf unverzüglich schriftlich hinzuweisen.
 - 2.3.2 Teilnahme des Vertreters des AN an den stattfindenden Besprechungen, soweit die vom AN zu erbringenden Leistungen Gegenstand der Besprechungen sind.
- 2.4 Die schuldhafte Unkenntnis des AN über die Einzelheiten des Angebots und seiner Grundlagen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe berechtigt den AN nicht zur Geltendmachung zusätzlicher Vergütungsansprüche oder zur Anmeldung von Behinderungen.
- 2.5 Die Gefahrtragung richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Gefahr geht mit Abnahme der Leistungen des AN auf den AG über. § 13 Nr. 1 Abs. 2 VOL/B wird ausgeschlossen.

- 2.6 Wird der AG von Dritten für Schäden in Anspruch genommen, für die der AN im Innenverhältnis haftet, so ist der AN verpflichtet, den AG von diesen Ansprüchen freizustellen und etwaige gerichtliche und/oder außergerichtliche Kosten zu übernehmen.
- 2.7 Zur Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheitsschutz sind die bei den Arbeiten anzuwendenden Arbeitsschutzvorschriften einzuhalten.
- 2.8 Der AN ist verpflichtet, zu den vom AG festgesetzten Besprechungen einen Vertreter mit ausreichenden Entscheidungsbefugnissen zu entsenden. Dies gilt nur, soweit die vom AN zu erbringenden Leistungen Gegenstand der Besprechungen sind.

3 Vergütung

- 3.1 Die Umsatzsteuer für diese steuerpflichtige Leistung schuldet der AG nach § 13b Absatz 2 Nr. 4 in Verbindung mit Absatz 4 Umsatzsteuergesetz.
- 3.2 Die vereinbarte Vergütung versteht sich als Festpreis und wird von Lohn-, Materialpreis-, Sozialabgaben- oder Steuererhöhungen und dergleichen nicht berührt. Ausgenommen ist eine Erhöhung der Umsatzsteuer. Die Regelungen über die Störung der Geschäftsgrundlage bleiben unberührt.
- 3.3 Zulagen, wie z. B. Auslösungen, Überstunden-, Sonn- und Feiertagszuschläge, werden nur dann gesondert vergütet, wenn die Parteien dies vorab schriftlich vereinbart haben.

4 Abrechnung und Zahlung

- 4.1 Alle Rechnungen sind elektronisch per E-Mail an die in den Ausschreibungsunterlagen angegebene E-Mail-Adresse zu senden. Zusätzlich ist das Rechnungs-Original bei der in den Ausschreibungsunterlagen benannten Person einzureichen.
- 4.2 Die Rechnungen müssen die Bezeichnung des Projekts, die Bestellnummer und den Leistungszeitraum enthalten. Erfüllen die Rechnungen diese Anforderungen nicht, so können sie nicht bearbeitet werden und werden unbearbeitet an den AN zurückgesandt, ohne dass die Zahlungsfrist zu laufen beginnt. Des Weiteren sind die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Rechnungsstellung gemäß §§ 14, 14a Absatz 5 Umsatzsteuergesetz zu beachten.
- 4.3 Die Abrechnung ist innerhalb von vier Wochen nach Abnahme der Leistungen in prüffähiger Form beim AG einzureichen. Der Zahlungsanspruch des AN wird abweichend von § 17 Nr. 1 VOL/B innerhalb von 30 Werktagen fällig, es sei denn, der AG rügt zuvor die mangelnde Prüffähigkeit der Abrechnung.

5 Mitwirkung des AG

- 5.1 Soweit der AN für die Ausführung seiner Leistungen zusätzliche Anweisungen oder Detailangaben des AG benötigt, hat er diese so frühzeitig vor Beginn der Ausführung vom AG schriftlich anzufordern, dass die Übergabe durch den AG rechtzeitig erfolgen kann.
- 5.2 Den Leistungen des AN dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom AG zur Leistungserbringung freigegeben und entsprechend gekennzeichnet sind.

6 Kündigung

- 6.1 Über die in der VOL/B vorgesehenen Kündigungsgründe hinaus ist der AG zur Kündigung aus wichtigem Grund insbesondere dann berechtigt, wenn:
- der AN das Insolvenz- oder Vergleichsverfahren beantragt oder ein Dritter die Durchführung des Insolvenzverfahrens (§§ 14 und 15 Insolvenzordnung) beantragt, das Verfahren durch das Insolvenzgericht eröffnet wird oder seine Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird,
 - die Vergütungsforderungen des AN für gegenüber dem AG erbrachten Leistungen ganz oder teilweise mit Arrest belegt oder gepfändet werden oder der AN ohne rechtfertigenden Grund seine Leistungen unterbricht und diese auch nach Mahnung und Fristsetzung durch den AG nicht wieder aufnimmt,
 - der AN zur Erlangung des vorliegenden Auftrags Angehörigen der öffentlichen Verwaltung Geschenke oder andere Vorteile im Sinne der §§ 331 ff. StGB versprochen, angeboten oder gewährt hat,
 - der AN gegen Bestimmungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, des Arbeitnehmerentsendegesetzes, des Mindestlohngesetzes oder des SGB IV verstößt und derartige Verstöße trotz schriftlicher Aufforderung mit Fristsetzung und Androhung der Kündigung nicht unterlässt oder beseitigt (wiedergutmacht).
- 6.2 Im Falle einer Vertragskündigung des AG aus wichtigem Grund ist der AG berechtigt, aber nicht verpflichtet, bereits empfangene Lieferungen und Leistungen an den AN zurückzugeben. Behält der AG diese, so hat er sie nach den vereinbarten Preisen zu vergüten. Werden sie vom AG zurückgegeben, so hat auch der AN die von ihm empfangenen Leistungen an den AG zurückgewähren. Der AG kann vom AN den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch die Vertragskündigung entsteht.
- 6.3 Der AG hat das Recht zu Teilkündigungen auch für nicht in sich abgeschlossene Teile der Leistung.
- 6.4 Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrages hat der AN seine Leistung so abzuschließen, dass der AG die Leistung ohne Schwierigkeiten übernehmen und die Weiterführung derselben durch einen Dritten veranlassen kann.
- 6.5 Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages durch Rücktritt oder Kündigung schuldet der AG – bezogen auf Eventualpositionen und Bedarfspositionen – nur die Vergütung der bisher beauftragten und erbrachten Leistungen. Mehrkosten, Schadenersatz oder Vergütung für nicht erbrachte Leistungen in Eventualpositionen und Bedarfspositionen können vom AN insoweit nicht gefordert werden.

7 Abnahme

- 7.1 Die Leistungen des AN bedürfen der Abnahme. Die Abnahme erfolgt förmlich durch Anfertigung einer von beiden Parteien zu unterzeichnenden Niederschrift. § 13 Nr. 2 Abs. 3 VOL/B wird ausgeschlossen.
- 7.2 Der AN hat die Abnahme unter Einhaltung einer Frist von mindestens 12 Werktagen schriftlich zu beantragen. Der AN kann die Abnahme nur verlangen, wenn er dem AG sämtliche für die Abnahme notwendigen Prüfbescheinigungen, Nachweise, Unterlagen etc. spätestens mit seinem Abnahmeverlangen übergibt.

- 7.3 Der AN kann die Abnahme nicht verlangen, solange noch wesentliche Mängel vorhanden sind.
- 7.4 Für die Erledigung von Nacharbeiten wegen bei der Abnahme festgestellter Mängel wird im Abnahmeprotokoll eine angemessene Frist festgesetzt. Auch Mängelbeseitigungsarbeiten sind förmlich abzunehmen.
- 7.5 Teilabnahmen sind ausgeschlossen, soweit der AG diese nicht ausdrücklich schriftlich einfordert. Technische Teilabnahmen (Zustandsfeststellungen) sind zugelassen; diese dienen allerdings nur zu Beweis Zwecken und haben keine rechtsgeschäftliche oder rechtsverbindliche Wirkung.
- 7.6 Der AN hat für die Durchführung der Abnahme kostenlos das erforderliche Hilfspersonal und Gerät zur Verfügung zu stellen.
- 7.7 Für die Vertragsleistung des AN vorgeschriebene oder erforderliche behördliche oder sonstige Abnahmen hat der AN zu beantragen und die beanstandungslose Abnahme dem AG vor der rechtsgeschäftlichen Abnahme nachzuweisen.
- Sofern die rechtsgeschäftliche Abnahme durch den AG vor erforderlichen oder vorgeschriebenen behördlichen oder sonstigen Abnahmen erfolgt, gilt sie vorbehaltlich einschlägiger Auflagen im Rahmen der behördlichen oder sonstigen Abnahmen.
- 7.8 Die Originale der erforderlichen behördlichen oder sonstigen Abnahmebescheinigungen mit genauen Angaben über die durch diese geforderten Auflagen und Maßnahmen hat der AN unverzüglich nach Erhalt dem AG vorzulegen.

8 Mängelansprüche des AG

- 8.1 Für die Rechte des AG bei Sach- und Rechtsmängeln der gelieferten Sachen (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen des AN gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. § 14 VOL/B wird ausgeschlossen.
- 8.2 Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der AN insbesondere dafür, dass die gelieferte Sache bei Gefahrübergang auf den AG die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in der Bestellung – Gegenstand des Vertrages sind oder in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung vom AG, vom AN oder vom Hersteller stammt.
- 8.3 Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Die Untersuchungspflicht des AG beschränkt sich auf Mängel, die bei der Wareneingangskontrolle des AG unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei der Qualitätskontrolle des AG im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Die Rügepflicht des AG für später entdeckte Mängel bleibt unberührt.

- 8.4 Der AG behält sich vor, Mängelanzeigen per E-Mail an den AN zu versenden. AG und AN sind sich darüber einig, dass in Bezug auf diese Erklärungen (Mängelanzeigen) etwaige gesetzliche oder vertragliche Schriftformerfordernisse abbedungen sind.
- 8.5 Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; der gesetzliche Anspruch des AG auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der AN auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Die Schadensersatzhaftung des AG bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haftet der AG jedoch nur, wenn er erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorlag.
- 8.6 Unbeschadet der gesetzlichen Rechte des AG und der Regelungen in Ziffer 8.5 gilt: Kommt der AN seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach Wahl des AG durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist nicht nach, so kann der AG den Mangel selbst beseitigen und vom AN Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den AN fehlgeschlagen oder für den AG unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden), so bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen wird der AG den AN unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

9 Verjährung

- 9.1 Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- 9.2 Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt. Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen den AG geltend machen kann.
- 9.3 Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit dem AG wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.
- 9.4 Für den Fall, dass die Lieferung in mehreren Chargen erfolgt, beginnt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche des AG für alle gelieferten Sachen einheitlich mit der Ablieferung der letzten Charge.

10 Sonstige Bestimmungen

- 10.1 Alle Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Das Schriftformerfordernis kann seinerseits nur schriftlich abbedungen werden.
- 10.2 Sollte eine Bestimmung des Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich im Vertrag eine Lücke herausstellen, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung oder in Fällen einer Lücke sind die Vertragsschließenden verpflichtet, unverzüglich eine wirksame Regelung zu vereinbaren, die nach dem angestrebten Zweck der Bestimmung rechtlich zulässig ist und die wirtschaftlich der unwirksamen Bestimmung so nahe wie möglich kommt.
- 10.3 Wird vom AN oder einem seiner Gläubiger das Insolvenzverfahren (§§ 14 und 15 Insolvenzordnung) bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt oder ein solches Verfahren eröffnet oder die Verfahrenseröffnung mangels Masse abgelehnt, so hat der AN dies dem AG unverzüglich mitzuteilen.
- 10.4 Die Abtretung von Forderungen des AN gegen den AG an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Gleiches gilt für die Verpfändung von Forderungen des AN gegen den AG an Dritte.
- 10.5 Der AN verpflichtet sich zur Verschwiegenheit hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse und Informationen über das Projekt. Die Weitergabe von Informationen ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG gestattet.
- 10.6 Ein verlängerter und weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt des AN und jede damit im Zusammenhang stehende Abtretung von Forderungen des AN gegen den AG an Dritte sind ausgeschlossen. Werden dem AN vom AG Materialien beigestellt, so verbleiben diese Materialien im Eigentum des AG. Der AN ist verpflichtet, diesen Eigentumsvorbehalt auch an Dritte weiterzuleiten, die Materialien als Eigentum des AG zu kennzeichnen und diese vor Rechten und Einflüssen Dritter zu schützen.
- 10.7 Der AN kann gegen Ansprüche des AG nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen.
- 10.8 Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dem Vertrag ist Seeheim-Jugenheim.